

Bartmann, Hermann; Schmidt, Norbert

Article

Ende des Keynesschen Interventionismus?

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Bartmann, Hermann; Schmidt, Norbert (1988) : Ende des Keynesschen Interventionismus?, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 14, Iss. 3, pp. 381-398

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332279>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ende des Keynesischen Interventionismus?

Hermann Bartmann
Norbert Schmidt

1. Notwendigkeit von Staatsinterventionen

1.1. Positionen

Seit dem Ende der generellen Wachstumsphase (Mitte der siebziger Jahre) wird die Rolle des Staates bzw. die Notwendigkeit und Möglichkeit von Staatsinterventionen intensiv diskutiert. Die Auseinandersetzung findet auf der theoretischen und politisch-praktischen Ebene statt. Vorläufig lassen sich drei Positionen abgrenzen:

- Die neoklassische Forderung nach mehr Marktsteuerung und mehr Laissez-faire basiert auf der Kritik von Staatsinterventionen sowie der vermeintlich durch sie verursachten Finanzkrise. Es wird eine Überforderung der privaten Wirtschaft durch den Staat diagnostiziert. Staatseingriffe stören die Selbstregulierung des Marktes. Entsprechend dieser markoliberalen Doktrin geht es um ein Zurückschrauben staatlicher Steuerung, staatlicher Subventionen und Einkommenstransfers sowie um Reprivatisierung staatlicher Güter- und Dienstleistungsangebote (vgl. auch: Matzner, E., 1982, S. 369). Ohne die Notwendigkeit von Reprivatisierung und Reorganisation der Intervention im Einzelfall leugnen zu wollen, ist eine radikale Umkehr¹ nicht angezeigt. Sie würde konsequent und lange durchgeführt zur ökonomischen und gesellschaftlichen Destabilisierung führen. Zudem scheint sie sozial- und umweltunverträglich zu sein.

- Wegen des bekannten Marktversagens und wegen des angeblich

erwiesenen Staatsversagens fordert eine zweite radikale Position, die Alternativbewegung, die Dezentralisierung der Produktion auf kleine überschaubare Einheiten (vgl. Eppler, E., 1975; Schumacher, E. F., 1977; Strasser, J., Traube, K., 1981). Diese Alternative eignet sich als Ergänzung zum marktwirtschaftlichen und staatlichen Bereich momentan aber nicht als allgemeines Organisations- und Produktionsprinzip.

● Da sich angesichts der in der Vergangenheit aufgetauchten Probleme eine einfache Fortsetzung des traditionellen Interventionsmusters verbietet, ist die *Keynesianische Steuerungsposition* auf eine Reorganisation des Staatsinterventionismus angewiesen. Dabei werden die alten Ziele des Wohlfahrtsstaates, wie Sicherung von Vollbeschäftigung und materieller Sicherheit für alle Mitglieder der Gesellschaft, sowie Chancengleichheit und Gerechtigkeit, ebenso wenig aufgegeben wie die bewährten Instrumente und Methoden staatlicher Intervention.

Im Bereich der Konjunktur- und Wachstumssteuerung steht und fällt die Wirksamkeit der Keynesianischen Intervention mit der Möglichkeit des Staates, die Produzenten/Investoren zu beschäftigungswirksamen Investitionen zu veranlassen. Förderung der Profiterwartungen mit dem Ziel Wachstum und Vollbeschäftigung versagt, wenn das Produzentenverhalten in Richtung Rationalisierungsinvestitionen und/oder Finanzanlagen geht, etwa weil längerfristige Nachfrageerwartungen fehlen. Profitsicherung wird über Kostenreduktion und nicht über Mengenausweitung betrieben. Staatliche Steuerung erhöht in diesem Fall das Beschäftigungsproblem. Ähnlich läßt sich für die Interventionsstrategie „Anhebung der Massenkaufkraft“ argumentieren. Wird die Nachfrageerhöhung nicht für dauerhaft gehalten, werden die Produzenten die kurze Zeit der Mehrnachfrage zu Preiserhöhungen nutzen. Die Beschäftigung bleibt konstant. Da direkte Zugriffe dem Staat verwehrt sind und da eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung der privaten Investoren nicht erwartet werden kann und darf, wirkt die traditionelle Globalsteuerung unter den genannten Bedingungen kontraproduktiv. Das gilt insbesondere dann, wenn partielle Grenzen des Wachstums, wie ökologische und gesellschaftliche Grenzen, Sättigungstendenzen oder Stagnation der internationalen Märkte vorliegen. Neue oder modifizierte Interventionsmuster werden erforderlich. Diese Reformdiskussion wird am Ende weiterverfolgt. Zuvor ist nach einem Abschnitt über Steuerungsnotwendigkeit und die allgemeine Organisation von Interventionen die Keynesische Position zu Steuerung und Investorenverhalten darzustellen und zu diskutieren. Häufig wird Keynes' Verdienst reduziert auf die Punkte: Schritt in Richtung Makrodynamik, Entkoppelung von Lohnhöhe und Beschäftigung und Möglichkeit einer kurzfristigen Therapie über Stimulierung der Nachfrage. Gleichzeitig wird das Fehlen einer langfristigen Perspektive zur Erklärung von Wachstum und Struktur bemängelt. Dieser Vorwurf ist so generell nicht haltbar. Schon 1925 fordert Keynes eine neue Ordnung, die auf Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung und des gesellschaftlichen Gleichgewichts abzielt (Keynes, J. M., 1925, S. 323 ff. und S. 335). Insofern lohnt sich eine Keynes-Exegese, zumal

die Keynes zugeschriebene antizyklische Globalsteuerung sicher nicht in seinem Sinne war.

1.2. Marktsteuerung versus Staatsinterventionen in der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Grob lassen sich drei Stufen der Entwicklung des Verständnisses von sozialer Marktwirtschaft unterscheiden.

- Grundlage und Voraussetzung für Verteilung und soziale Lenkung ist Wachstum, und bestes Mittel, um Wachstum zu erreichen, ist Marktwirtschaft. Soziale Steuerung muß marktkonform sein und ist dem Ziel Wachstum nachgeordnet. Die soziale und politische Steuerung hat im Prinzip nur die Rolle eines Krisenmanagements zur Vermeidung sozialer Spannungen, politischer Krisen und wirtschaftlicher Engpässe zu erfüllen (vgl. u. a. Müller-Armack, A., 1976).

- Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik stellen eine Einheit dar. Zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht in der freiheitlich-demokratischen Ordnung genießt die demokratisch-politische Steuerung Priorität. Ein starker demokratischer Staat gibt den Rahmen durch politische Eingriffe vor, bevor wirtschaftliches Wachstum sich durch marktwirtschaftliche Selbststeuerung vollzieht (*Ordoliberalismus*). Die Wirtschaftspolitik setzt sowohl einen qualitativen (Ordnungspolitik) als auch einen quantitativen Rahmen (Prozeßpolitik als Globalsteuerung). Die Duldung von Misch-Systemen als zweitbeste Lösungen – soviel Plan wie nötig, soviel Markt wie möglich o. ä. – wirft erhebliche Probleme auf. In der Theorie sind Marktwirtschaft mit der Annahme Nutzen- und Gewinnmaximierung und Planwirtschaft, wobei die Planungsinstanz sich an den Konsumentenpräferenzen orientiert, äquivalent was die Modellstruktur und die Ergebnisse angeht. Jede Orientierung der Wirklichkeit an einem Idealtyp der Ordnung (Plan oder Markt) wirft die Frage auf, nach welchen Maßstäben die Ordnung sich richtet, solange die idealen Voraussetzungen in der Wirklichkeit nicht erfüllt sind.

Die marxistisch-planwirtschaftliche Lehre entwickelt die Vorstellung einer sozialistischen Übergangsphase. In der marktwirtschaftlichen Theorie wird der Staat zum Ordnungsfaktor und steuert die Marktprozesse so weit und so lange wie funktionsfähiger Wettbewerb nicht herstellbar ist.

- Neuerdings führen die Thesen von Staats- und Demokratieversagen zur neoklassisch-liberalen Wende. Danach sind unvollkommene Marktprozesse immer noch besser als ein unvollkommener bürokratischer Staat (Botschaft des neuen Wirtschaftsliberalismus).

1.3. Steuerungsbedarf und Steuerbarkeit der privatkapitalistischen Marktwirtschaft

Die mikroökonomische Effizienz der Marktkoordination und Marktleitung wird weder von Keynesianern noch von westlichen Marxisten prinzipiell bestritten. Stärker als von Neoklassikern (Monetaristen, Supply-Sider o. a.) werden aber das Ausmaß von Wettbewerbsbeschränkungen und externen Effekten sowie ungelöste Verteilungsprobleme auf vielen Ebenen betont und beklagt. Grundsätzlich unterscheiden sich die genannten Schulen in ihrer Beurteilung der Stabilität bzw. Krisenanfälligkeit einer durch den Preismechanismus gesteuerten Marktwirtschaft. Die in den meisten westlichen Industrieländern momentan dominierende neoklassische Ökonomie hofft nach wie vor auf das Selbstheilungs- und Gleichgewichtsprinzip, nach dem die Marktwirtschaft über kurz oder lang zu einem umfassenden Gleichgewicht mit Vollbeschäftigung aller Faktoren tendiert. Voraussetzung dafür sind „lediglich“ ein „funktionsfähiger“ Wettbewerb und die Flexibilität der relativen Preise auf allen Märkten. Längerfristige Ungleichgewichte entstehen in der neoklassischen Welt durch unflexible und zu hohe Preise oder Löhne sowie durch Störungen der Flexibilität der Marktwirtschaft durch staatliche Interventionen. Keynesianer aller Schattierungen betonen wie die Marxisten die Krisenanfälligkeit der privatkapitalistischen Marktwirtschaft, die sie vornehmlich wie Keynes auf die Besonderheiten des Kapitalmarktes (Liquiditätsfalle, Möglichkeit von Finanzanlagen) und das private Investorenverhalten bei Unsicherheit zurückführen. Zudem heben sie bei der Betrachtung realer Marktwirtschaften die Bedeutung von Wettbewerbsbeschränkungen (Oligopolisierung), Preisrigiditäten auf *allen* Märkten und Verteilungskonflikten als Instabilitätsursachen hervor. Keynesianer begründen damit die staatliche Steuerungsnotwendigkeit. Im Gegensatz etwa zu den Marxisten akzeptieren sie das einzelwirtschaftliche Gewinnkalkül der Produzenten/Investoren, beschränken ihre Steuerungsvorschläge in der Regel auf indirekte und globale Instrumente (antizyklische Globalsteuerung z. B.). Ansatzpunkt Keynesianischer Steuerung ist die Investitionstätigkeit. Das ergibt sich aus der theoretischen Analyse, nach der zunächst die renditeorientierte Kapitalanlage über die Höhe der Investitionen bestimmt, die danach das Ausmaß von Produktion und Beschäftigung festlegt. Dabei ergibt sich eine Abhängigkeit der anderen Märkte (Güter- und Arbeitsmarkt) vom Kapitalmarkt. Eine renditeorientierte Steuerung von Investitionen (produktive Anlagen) versagt zum Teil deshalb, weil dem Kapitalanleger neben den produktiven Anlagen zwei weitere Optionen offenstehen: die spekulative Nichtanlage (Liquiditätsfalle) und Finanz- bzw. Geldanlagen. Der Kapitalmarkt bietet Optionen, deren Rendite nicht durch die Knappheitsverhältnisse auf dem Markt für produktive Anlagen bestimmt ist (vgl. Scharpf, F. W., 1987, S. 38). Diese Wahlmöglichkeit der Anleger am Kapitalmarkt begründet die Krisenanfälligkeit kapitalistischer Wirtschaften einerseits und ist andererseits eine Hauptursache

für das zeitweise Versagen Keynesianischer Steuerungsstrategien.

Es wird im folgenden zu diskutieren sein, inwieweit Keynes dieses kapitalistische Dilemma gesehen hat und welche Strategievorschläge zur Lösung des Dilemmas von ihm vorgeschlagen werden. Im Anschluß an diese Exegese und am Ende dieses Beitrages ist dann auf einige aktuelle Aspekte der Reformdiskussion einzugehen, u. a. auf die Frage, welche neuen Interventionsmuster erfolgversprechend sind.

1.4. Warum gibt es keine funktionierende Marktwirtschaft ohne Staatsinterventionen?

Wenn die Institution von Märkten die effiziente Organisationsform für das Allokationsproblem darstellt, kann staatliche Intervention nur begründet werden für Fälle, in denen der Markt versagt (Theorie des Marktversagens). Es muß nachgewiesen werden, daß staatliche Allokation bzw. staatliche Beeinflussung der Marktallokation produktiver ist als der reine Marktmechanismus. Allgemein läßt sich staatliche Intervention vornehmlich für gesellschaftliche Situationen begründen, in denen bei individualisierten Entscheidungsverhältnissen ein Gefangenendilemma vorliegt, oder aber individuelles Entscheidungsversagen wegen Unsicherheit gegeben ist. Konkret angesprochen sind die Fälle

- Vorliegen von öffentlichen Gütern und externen Effekten,
- Produktion von sozialer Sicherheit durch staatliche Sozial- und Umverteilungspolitik,
- Beseitigung von endogenen Instabilitäten (in Form von Arbeitslosigkeit, Unterauslastung von Kapazitäten sowie Inflation) durch staatliche Beschäftigungs- und Stabilisierungspolitik.

Nur dieser letzte Fall wird in diesem Beitrag intensiver erfaßt. Staatliche Intervention läßt sich nur begründen, wenn die Instabilitäten endogen verursacht werden. Dazu greifen Keynes und nach ihm die Keynesianer auf die zentrale Bedeutung der privatdezentralen Investitionsentscheidungen zurück. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Investoren nur über unvollständige Informationen und unsichere Erwartungen verfügen. Zudem besteht die Möglichkeit nicht streng nutzenmaximierender Verhaltensweisen. Unter Einbeziehung weiterer Instabilitätsursachen, wie dauerhafte Verteilungskonflikte, Preis- und Lohnstarrheiten, laufende exogene Störungen und zunehmende Konzentration können die Instabilitätstendenzen (Dauerarbeitslosigkeit, Stagflation und Inflationsakzeleration) systemimmanent (endogen) erklärt werden. Insofern ist nach Keynesianischer Sicht die Steuerungsnotwendigkeit begründet. Damit wird die monetaristische oder angebotstheoretische Begründung für eine Enthaltksamkeit des Staats in der Konjunktursteuerung hinfällig (Matzner, E., 1982, S. 131 f.). Welche Steuerungsvarianten bzw. Interventionstrategien zu welcher Zeit und unter welchen Bedingungen Erfolg versprechen, wird zu diskutieren sein.

2. Keynes' Stellung zu staatlichen Interventionen

Nach den grundsätzlichen Bemerkungen zur Begründung und Problematik staatlicher Interventionen soll im folgenden der Frage nachgegangen werden, ob und inwieweit sich in den Überlegungen bei J. M. Keynes Hinweise finden, anhand derer seine Vorstellung bzgl. des Politikverhaltens des Staates konkretisiert werden können. Es stellt sich damit die zentrale Frage, ob Keynes' unbestreitbare Skepsis hinsichtlich der Stabilität der Marktwirtschaft und der damit verbundenen Konstatierung eines staatlichen Handlungsbedarfs³ in Richtung direkte resp. indirekte Steuerung der Investitionen zu verstehen sind, welche Arten von Investitionen nach seiner Ansicht beeinflußt oder gefördert werden sollen, und ob sich staatliches Handeln auf eine Makrosteuerung beschränken sollte, oder ob vielmehr auch eine Mikrosteuerung für sinnvoll erachtet wird.

Keynes' wirtschaftspolitische Empfehlungen sind dabei nur auf der Basis seiner Konjunkturanalyse zu verstehen, die als eine konsequente Ergänzung seiner Überlegungen bzgl. der Existenz von Unterbeschäftigungsgleichgewichten anzusehen ist. Die Untersuchung konjunktureller Instabilitätstendenzen stellt wiederum den wesentlichsten dynamischen Aspekt seiner Gesamtanalyse dar. Keynes betont in diesem Zusammenhang selbst: "Since we claim to have shown in the preceding chapters what determines the volume of employment at any time, it follows, if we are right, that our theory must be capable of explaining the phenomena of the trade cycle" (Keynes, J. M., 1936, S. 313). Gleichzeitig darf auch nicht der historische Kontext der Keynesschen Analyse aus den Augen verloren werden, denn die politischen Implikationen sind vor dem Hintergrund der nach dem Ersten Weltkrieg gemachten Erfahrungen und der gerade herrschenden Weltwirtschaftskrise zu sehen.

Unter Berücksichtigung der angesprochenen Punkte wird in dem folgenden Abschnitt anhand einer stichwortartigen Exegese früher Schriften versucht, Keynes' Einschätzung der Wirtschaftslage nach Beendigung des Ersten Weltkrieges und Abschluß des Versailler Vertrages zu geben. Hier finden sich nach Ansicht der Verfasser erste Grundlagen der nachfolgenden Werke. Im anschließenden Abschnitt werden in der gebotenen Kürze die wesentlichen theoretischen Aspekte der Keynesschen Analyse herausgearbeitet. Vor dem Hintergrund der zu diskutierenden Politikempfehlungen stehen dabei zwangsläufig die Betrachtung des Investorenverhaltens und dem damit verbundenen Stabilitätsverhalten und Erwartungsaspekte im Vordergrund. Abschließend erfolgt dann die Analyse der Keynesschen Strategieempfehlung.

Einschränkend muß angemerkt werden, daß eine endgültige Klärung der Keynesschen Position auch an dieser Stelle nicht erfolgen kann, zumal zentrale Begriffe wie etwa „Sozialisierung der Investitionen“ wohl nicht widerspruchsfrei zu definieren sind. Eine weitere Aufhellung der Keynesschen Position scheint jedoch nach Ansicht der Verfasser insbesondere vor dem Hintergrund der skizzierten aktuellen Steuerungsdebatte sinnvoll.

2.1. Keynes' Einschätzung der wirtschaftlichen und sozialen Lage nach Beendigung des Ersten Weltkrieges

Die Keynessche Analyse fand in einer Zeit zunehmender wirtschaftlicher Probleme, besonders bedingt durch die Nachkriegsentwicklung, statt. Das Kriegsende markierte dabei für ihn eine grundsätzliche Wende in den ökonomischen Gegebenheiten. Die Stabilität der Vorkriegsjahre, die nach Keynes' Ansicht im Abbau der Handelsschranken, der Stabilität der Währungen und im Konsens über Verteilungsprobleme ihren Ausdruck gefunden und damit eine harmonische Wirtschaftsentwicklung garantiert hatte⁴, war durch die Kriegsfolgen an sich aber auch durch den Abschluß des Versailler Vertrages zerstört worden (Keynes, J. M., 1921, S. 9 und 11).

Insbesondere aber die Verteilungsdisparitäten waren der Garant für die rasante wirtschaftliche Entwicklung gewesen. So schreibt Keynes: "The immense accumulation of fixed capital which, to the great benefit of mankind, were built up during the half century before the war, could never have come about in a society where wealth was divided equitable" (Keynes, 1921, S. 11)⁵.

Die Zerstörung dieser Voraussetzungen provozierte letztlich neue Probleme in der Wirtschaftsentwicklung.

Die gravierenden Schwierigkeiten liegen dabei auf den Problemfeldern Verteilungsdisparitäten und Investorenverhalten. Diese Vorstellungen der früheren Schriften zeichnen sich auch später in der General Theory ab. Auch dort kristallisiert Keynes die Punkte Investorenverhalten und distributive Gerechtigkeit als wesentlich heraus. Neu hinzu kommt die Auffassung vom Aussterben des Kapitalanlegers (euthanasia of the rentier). Keynes vertritt in diesem Zusammenhang die Überzeugung, daß es längerfristig zu Sättigungstendenzen insbesondere auf den Märkten menschlicher Grundbedürfnisse kommen wird⁶. Dies führt letztlich zu einem Überfluß an Kapitalgütern und infolgedessen zu einer rapiden Abnahme der Grenzleistungsfähigkeit. Der Investor erhält fortan keinen entsprechenden Bonus für die Investition in Realkapital (Keynes, J. M., 1936, S. 375 f.). Dies hat Konsequenzen für die wirtschaftspolitischen Implikationen. Unter diesen Voraussetzungen müßte jede Maßnahme zur Investitionsbeeinflussung den Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Relevanz und Zielsetzung berücksichtigen.

Sicher ist, daß die von Keynes geäußerten Vorstellungen in dieser Form nicht eingetreten sind. Auch wenn es in der Phase nach dem Zweiten Weltkrieg zu immensen Akkumulationsraten gekommen ist, so hat doch die Weckung immer neuer Bedürfnisse die von Keynes befürchtete Entwicklung verhindert⁷. Jedoch zeichnen sich heute Tendenzen ab, die zu den Keynesschen Prognosen parallel verlaufen. So werden von einer Zahl von Autoren auch heute wieder langfristige Nachfragegrenzen aufgrund von partiellen Sättigungsgrenzen gesehen. Zudem werden heute weitere Restriktionen, z. B. Ressourcenknappheit oder ökologische Grenzen, offenbar. Die Einschätzung hinsichtlich der

Bedeutung von Verteilungsgerechtigkeit und Investorenverhalten scheint zudem heute ebenfalls noch aktuell.

Diese notwendigerweise kurzen Andeutungen zeigen, daß die Keynessche Analyse zwar vor einem spezifischen Hintergrund entstanden ist und sich folglich auch den brennenden Fragen der Zeit gewidmet hat, jedoch wird auch deutlich, daß ein Verweis auf diese historischen Gegebenheiten die Aktualität des Keyneschen Gedankengutes nicht einschränkt, da, mit etwas anderer Gewichtung, die Problemfelder bis heute die gleichen geblieben sind.

2.2. Theoretische Grundlagen der Keynesschen Analyse

Die Keynessche Theorie anerkennt grundsätzlich die Notwendigkeit staatlicher Wirtschaftspolitik. Sie basiert auf der Ablehnung des neoklassischen Glaubens an eine Selbststabilisierung der Wirtschaft⁸ und zielt auf die Erklärung instabiler konjunktureller Prozesse ab. Folgende Komponenten spielen dabei eine tragende Rolle:

- die Bedeutung des Investorenverhaltens für die konjunkturelle Entwicklung⁹
- die Erwartungshaltung der Wirtschaftssubjekte und deren Einfluß auf die Investitionstätigkeit
- die Konsumneigung im konjunkturellen Verlauf.

Die Bedeutung des Investorenverhaltens für die konjunkturelle Entwicklung wird in Keynes' gesamtem Werk stets betont. Bereits in den vorgenannten Schriften zum Versailler Friedensvertrag unterstreicht er den Beitrag hoher Akkumulationsraten für die wirtschaftliche Entwicklung. Eine erste dezidierte Analyse der Investitionsschwankungen im Konjunkturverlauf findet sich in seiner *Treatise on Money*. Keynes liefert dort eine eingehende Beschreibung der oszillierenden Entwicklung der von ihm unterschiedenen Investitionen in fixes Kapital, Betriebskapital und liquides Kapital (vgl. Keynes, J. M., 1930 b, S. 85). Dabei repräsentiert das fixe Kapital Produktionsanlagen u. ä., Betriebskapital beinhaltet Zwischenprodukte im weiteren Sinne, während unter liquidem Kapital die vorhandenen Lagerbestände zu verstehen sind. Im Konjunkturverlauf ist die Entwicklung dieser Kapitalarten durchaus unterschiedlich. Sicherlich liegt, so auch nach Keynes' Ansicht, der primäre Anstoß in Schwankungen der Investitionen in fixem Kapital. Der Verlauf des Zyklus wird jedoch im wesentlichen von Schwankungen der Investitionen in Betriebskapital begleitet. Diese Zusammenhänge bilden auch gleichzeitig die Grundlage für die damalige Keynessche Rezessionserklärung (vgl. Keynes, J. M., 1931, S. 343 ff.). So heißt es u. a.: "I suggest to you, therefore, that the questions of which we have to bend our intelligences are the causes of the collapse of investment and the means of reviving investment. We cannot hope either to prophesy or to limit the duration of the slump except as the result of our understanding of the phenomena" (Keynes, J. M., 1931, S. 349).

Die am häufigsten zitierte und mestdiskutierte Keynessche Kon-

junkturanalyse findet sich jedoch im Kapitel 22 der *General Theory*. Hier gibt er quasi als Kulminationspunkt seiner früheren Ausführungen einen komprimierten Überblick über die konjunkturtheoretischen Implikationen seiner Theorie. Ein besonderes Gewicht erhält in der dortigen Argumentation die Erwartungsbildung und das Phänomen der Unsicherheit. Damit ist aber gleichsam die Frage nach der Form des Investitionskalküls und dessen Beeinflussung durch die Erwartungshaltung der Investoren aufgeworfen.

Einen ersten Überblick liefert Keynes auch dazu in seiner *Treatise on Money* (Keynes, J. M., 1930 b, S. 85 ff.). Schwankungen der Investitionen in fixes Kapital werden zwangsläufig durch Schwankungen der Gewinnerwartungen betreffend des entsprechenden Investitionsprojekts bedingt. So schreibt Keynes: "Entrepreneurs are induced to embark on the production of fixed capital or deterred from doing so by their expectation of the profit to be made" (Keynes, J. M., 1930 b, S. 85).

Ungeachtet dieses Faktors werden die Investitionsmöglichkeiten auch von den Finanzierungsmöglichkeiten, ausgedrückt durch die Höhe des Zinsniveaus, beeinflußt (vgl. Keynes, J. M., 1930 b, S. 86). Diese Neuinvestitionen sind, wie bereits erwähnt, entscheidend für die Primärphase des Konjunkturzyklus. Unabhängig von der Tatsache, ob die Produktion der Kapitalgüter zulasten der Konsumgüterproduktion geht oder nicht, ist diese Phase durch Preissteigerungen gekennzeichnet. Die im Zuge der Preissteigerungen anfallenden Zufallsgewinne stellen nun einen weitergehenden Anreiz zur Produktionsausdehnung dar; dieser Anstoß betrifft nun alle Arten der Konsumgüterproduktion. Die eingeleitete sekundäre Phase des Konjunkturablaufs steht damit auf einer breiteren Basis. In ihrem Verlauf wird es darüber hinaus zu einer Beschäftigungserhöhung kommen, die ihrerseits eine etwa gleichgroße Veränderung des Betriebskapitals nach sich zieht (vgl. Keynes, J. M., 1930 b, S. 91). Diese Veränderung des Betriebskapitals ist somit ebenfalls in den positiven Ertragserwartungen und dem daraus resultierenden Streben nach einer Produktionsausweitung begründet. Zunehmend begleitet wird diese sekundäre Phase von Einkommensinflation und Wareninflation. In letzter Konsequenz kann dies zu einer Hortung von liquidem Kapital führen (vgl. Keynes, J. M., 1930 a, S. 259).

An dieser grob skizzierten Keynesschen Darstellung des Konjunkturverlaufs wird deutlich, daß die unterschiedlichen Phasen des Zyklus durch Schwankungen der Investitionen alternativer Kapitalarten geprägt werden. Die jeweilige Investitionsentscheidung wird jedoch unabhängig von der Kapitalart stets auf der Grundlage des in der „*General Theory*“ formal abgeleiteten Kalküls gefällt werden. Demnach gilt, daß Unternehmen grundsätzlich solange investieren, bis die interne Verzinsung weiterer Investitionen nicht mehr den Marktzinssatz übersteigt. Die interne Verzinsung der Investition, in Keynes' Terminologie die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, wird bestimmt durch die erwarteten Nettoüberschüsse und die entsprechenden Anschaffungskosten der Investition (vgl. Keynes, J. M., 1936, S. 135 ff.). Sie entspricht dem Zinssatz, bei dem der Kapitalbarwert einer Investi-

tion null wird. Der Schwerpunkt der Keynes'schen Argumentation liegt aber weniger auf dem Marginalkalkül als vielmehr auf den Bestimmungsgrößen der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals. Diese wird nach Keynes' Ansicht im wesentlichen durch die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte determiniert. Dazu zählen etwa die erwartete Lohn- und Preisentwicklung, die Absatzentwicklung oder die Entwicklung des technischen Fortschritts. Sie entscheiden über den zukünftigen Ertrag einer Investition und damit über deren Rentabilität. Sie werden damit aber auch zu einer Art „cycle maker“ im Rahmen der Keynes'schen Theorie. Denn nicht Zinsvariationen, sondern z. T. enttäuschte Absatzerwartungen¹⁰ führen über einen „Zusammenbruch“ der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zu einem rapiden Rückgang der Investitionstätigkeit im Konjunkturverlauf (vgl. Keynes, J. M., 1936, S. 315)¹¹. Adaptive Erwartungsbildungsprozesse sorgen in der Regel für derartige Erwartungsenttäuschungen (vgl. Keynes, J. M., 1936, S. 148). Oder anders formuliert: Das Phänomen der echten Unsicherheit im Keynes-Knight-Sinn führt notwendigerweise zu Prognosefehlern und damit zu instabilen Entwicklungen¹².

Als dritte Komponente ist zuletzt nach der Bedeutung des Konsumentenverhaltens zu fragen. Im Gegensatz zur klassischen Vorstellung, nach der eine hohe Sparquote und eine entsprechend niedrige Konsumneigung hohe Wachstumsraten garantiert, sieht Keynes im Konsum einen entscheidenden Nachfragefaktor für die Bestimmung der Investitionsfähigkeit. So heißt es: „For we have seen that, up to the point where full employment prevails, the growth of capital depends not at all on a low propensity to consume but is, on the contrary, held back by it; and only in conditions of full employment is a low propensity to consume conducive to the growth of capital“ (Keynes, J. M., 1936, S. 372 f.). Oder: „But inasmuch as an increase in the habitual propensity to consume will in general serve to increase at the same time the inducement to invest, the inference commonly drawn is the exact opposite to the truth“ (Keynes, J. M., 1936, S. 373). Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Stimulierung der Wirtschaftsaktivitäten können oder besser gesagt müssen Elemente zur Stabilisierung der Konsumnachfrage enthalten. Eine Politik zulasten der Konsumneigung führt letztlich zur Konterkarierung der gewünschten Effekte.

Nach der kurzen Behandlung der Schwerpunkte Investoren-, Konsumentenverhalten und Erwartungsbildung sollen nun die politischen Implikationen der Keynes'schen Theorie skizziert werden.

2.3. Keynes' wirtschaftspolitische Empfehlungen

Minsky formuliert in seiner Keynes-Analyse, daß der Keynes'schen Analyse prinzipiell eine logische Inkonsistenz vorgeworfen werden kann¹³. Vor dem Hintergrund seines formulierten Zieldreiecks¹⁴ glaubt Keynes einerseits an den Marktmechanismus als Allokationsinstrument¹⁵, zweifelt aber an, daß eine „gerechte“ Einkommensverteilung

und/oder Vollbeschäftigung marktmäßig erreicht werden können¹⁶. Der so erscheinende Widerspruch ist jedoch wiederum verständlich, wenn Keynes' Gedankengänge im Kontext gesehen und gleichsam die historischen Hintergründe betrachtet werden. Die Philosophie seiner Theorie könnte nämlich treffender folgendermaßen zusammengefaßt werden: Ein marktwirtschaftliches System tendiert grundsätzlich zur Instabilität, insbesondere wegen der ausgeprägten Reagibilität des Investorenverhaltens. Staatliche Politik muß nun derart ausgestaltet sein, daß sie unter Beibehaltung der individuellen Entscheidungsfreiräume mehr oder minder verbindliche Investitionsanreize zur Realisierung einer makroökonomisch vollbeschäftigungskonformen Investitionsquote gibt. Dazu gehört u. a. auch eine Stimulierung des Konsums, die sich über eine entsprechende Verteilungsänderung erreichen ließe. Das bedeutet also, daß mikroökonomische Anpassungsvorgänge nicht politisch beeinflußt werden sollen. Wirtschaftspolitische Initiativen sollen sich vornehmlich auf die makroökonomische Ebene beschränken. Strukturelle (mesoökonomische) Eingriffe werden allenfalls als Ergänzung empfohlen.

Im Zusammenhang mit einer angestrebten Dämpfung konjunktureller Prozesse und einer damit verbundenen Stabilisierung des Beschäftigungsniveaus sieht Keynes mehrere Ansatzpunkte, die alle an der Nachfrageseite, insbesondere an der Investitionstätigkeit ansetzen. Auf der einen Seite könnte eine Zurückführung des Unsicherheitsfaktors angestrebt werden (vgl. Keynes, J. M., 1936, S. 163 f.). Zu denken wäre u. a. an eine Risikobeteiligung an Bauinvestitionen. Ebenso sind bei einem Teil der öffentlichen Investitionen die zukünftigen Erträge aufgrund einer Quasimonopolstellung garantiert. Eine Dämpfung der Nachfrage in Hochkonjunkturphasen könnte auf der anderen Seite durch eine entsprechende Besteuerung oder einen Aufschub geplanter Ausgabenprogramme erreicht werden. Zuletzt könnte über vermehrte Importe eine Entlastung der inländischen Nachfrage angestrebt werden (vgl. Keynes, J. M., 1937, S. 390). In diesen Maßnahmen erkennt Keynes zwar Möglichkeiten der Konjunkturdämpfung, jedoch darf darüber nicht vergessen werden, daß das Hauptaugenmerk der Wirtschaftspolitik auf das Erreichen einer stetigen Expansion gerichtet sein muß¹⁷. Die von Keynes propagierten staatlichen Maßnahmen sind insofern keinesfalls im Sinne einer antizyklischen Globalsteuerung zu verstehen, so wie dies in der Nachfolgeliteratur des öfteren geschehen ist. Er weist mehrfach darauf hin, daß in einer Boomphase weniger auf eine Bremsung der Wirtschaftsaktivitäten hingewirkt, als vielmehr auf das Verbleiben der Wirtschaft in einem Quasiboom abgezielt werden soll¹⁸. Dies könnte durch Ergreifen expansiver Maßnahmen erreicht werden zu einem Zeitpunkt, in dem der Abschwung für die Mehrzahl der Wirtschaftssubjekte noch nicht spürbar ist, bevor also die Gefahr kumulativer Kontraktionsprozesse besteht¹⁹. Dabei sieht Keynes die Notwendigkeit, daß in Spätphasen des Aufschwungs globale Anreize ihr Ziel verfehlen. In diesen Situationen gewinnt die strukturelle Komponente einer Nachfragepolitik zunehmend an Bedeutung²⁰. Begleitend zu den

bisher angesprochenen Maßnahmen ist es nach Keynes' Ansicht, wie bereits angeführt, auch notwendig, daß via Besteuerung eine Umverteilung zugunsten der gesellschaftlichen Gruppen anzustreben ist, die eine relativ hohe Konsumneigung aufweisen. Dies garantiert nicht zuletzt den Erhalt einer ausreichend großen internen Verzinsung der Investitionstätigkeit. Längerfristig, d. h. im Zuge der Erreichung höherer Entwicklungsniveaus, ist es zudem unabdingbar, zunehmend außerökonomische Interessen in den Vordergrund zu rücken²¹.

Hier wird die Verbindung zu den bereits angesprochenen Keynes-schen Vorstellungen der Sättigung deutlich.

Der tiefgreifendste Eingriff in die Investitionsplanung läge im Falle eines direkten staatlichen Engagements in Form einer Investitionsmeldestelle vor (vgl. Keynes, J. M., 1936, S. 164 und 378; Keynes, J. M., 1937, S. 386 ff.). Diese hätte die Aufgabe, die gesamtwirtschaftliche Funktion der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals via Befragung zu eruieren. Über eine Beeinflussung des langfristigen Zinsniveaus müßte dann das „optimale Investitionsvolumen“ angestrebt werden (vgl. Keynes, J. M., 1937, S. 394). Dieser unter dem Schlagwort „Sozialisierung der Investitionen“ bekannte Vorschlag einer staatlichen Einflußnahme auf die Investitionsentscheidung impliziert aber keinesfalls eine vollständige Verdrängung von Privatinitiativen. Vielmehr soll durch staatliche Maßnahmen ein für die Vollauslastung der Kapazitäten notwendiges Investitionsvolumen angestrebt werden. Dieser Eingriff ist zuletzt auch deshalb nötig, da nicht von einem automatischen Erreichen des optimalen Investitionsvolumens ausgegangen werden kann (vgl. Keynes, J. M., 1937, S. 380). Einer solchen Politik räumt Keynes größere Erfolgchancen ein als einer Investitionsstimulierung via kurzfristigem Zinsmanagement. Er plädiert vielmehr für eine langfristig angelegte Zinspolitik (vgl. Keynes, J. M., 1937, S. 389 und 395). Es ist weniger auf eine antizyklische Steuerung des Zinsniveaus zu achten, als vielmehr auf die Tatsache, daß langfristig ein Zinsniveau erreicht ist, das die Rentabilität einer ausreichenden Anzahl von Investitionsprojekten garantiert.

3. Ende oder Reorganisation des Interventionismus?

Am Ende dieses Beitrags sind einige Aspekte der augenblicklichen Reformdiskussion aufzuzeigen²². Bevor einige Ursachen der sogenannten Krise des Interventionismus angesprochen werden, müssen einige klärende Vorbemerkungen vorangestellt werden.

Interventionismus stellt eine *dauerhaft angelegte* Korrektur des Marktmechanismus nach gesellschaftlichen Normen²³ dar, und zwar dort, wo Marktversagen diagnostiziert wird (ähnlich: Zinn, K. G., 1983, S. 326). Insofern handelt es sich weder um Planwirtschaft noch um willkürliche ad hoc-Maßnahmen. Ad hoc-Eingriffe bei drastischen und plötzlichen Fehlentwicklungen sind aber nicht ausgeschlossen und im übrigen bei allen Politikvarianten an der Tagesordnung. Der so verstandene Interventionismus steht im Gegensatz zum neoklassisch-neolibere-

ralen Gleichgewichtsdogma, das gesamtgesellschaftliche Gleichgewichte aufgrund mikroökonomischer Anpassungsflexibilität ableitet, und basiert auf der Keynesischen Diagnose, die trotz mikroökonomischer Flexibilität gesellschaftliche, konjunkturelle und strukturelle Ungleichgewichte für wahrscheinlich hält. Der Interventionismus ist insofern nicht theorielos, sondern beruft sich mehr oder minder direkt auf das Keynesische bzw. Postkeynesianische Paradigma, das allerdings und wiederum im Gegensatz zur neoklassischen Utopie dem historischen und gesellschaftlichen Wandel unterworfen ist. Änderungen der Produktions- und Marktstrukturen sowie Variationen der gesellschaftlichen Wertvorstellungen und die Relevanz ökologischer Grenzen machen Anpassungen der Art und des Ausmaßes von Interventionen erforderlich. Was schließlich die Behauptung vom Totalversagen des Interventionismus in der Vergangenheit angeht, kann diese zurückgewiesen werden und eher Totalversagen der Gleichgewichtskonzepte konstatiert werden. Abschließend sollen nun einige Ursachen für die sog. Krise des Interventionismus diskutiert werden, die zugleich Ansatzpunkte für eine Reorganisation einer interventionistischen Strategie bieten.

- Eine der am häufigsten genannten Ursachen für das Scheitern (nationaler) Interventionen ist die Zunahme der Internationalisierung der Märkte, insbesondere der Kapitalmärkte. Diese Internationalisierung wird unter mehreren Aspekten diskutiert. Wegen der mit ihr verbundenen Anhebung des internationalen Zinsniveaus, was die Verteilungschancen dauerhaft zugunsten des Kapitals verschoben hat, leitet Scharpf (Scharpf, F. W., 1987, S. 306 ff.) das Ende des Keynesianismus bzw. einen Zwang zur angebotsorientierten Umverteilung ab. Dies hätte nach Scharpf nur durch eine rechtzeitige Vermögensverteilung verhindert werden können (vgl. Scharpf, F. W., 1987, S. 329 ff.).

Unbestritten ist, daß je höher die internationale Kapitalmobilität, desto eher werden Kapitalanleger (Investoren) bei expansiver Keynesianischer Politik mit Zinssenkungen ihr Geldkapital im Ausland anlegen. Da die Geldkapitalmobilität insbesondere wegen des Wechselkursrisikos beschränkt ist und der Schwerpunkt der expansiven Interventionen eher bei der Finanzpolitik liegen sollte, scheinen die Möglichkeiten eines Alleingangs gegeben. Eine international abgestimmte Strategie würde die Chancen nationaler Maßnahmen ungemein erhöhen, zumal die bekannten Multiplikatorzusammenhänge, nach denen ein Teil der expansiven Impulse dem Ausland zugute kommt, dann entfallen. Andererseits sollte ein Land mit hoher internationaler Wettbewerbsfähigkeit und großen Leistungsbilanzüberschüssen auch expansive Impulse und damit Beschäftigung exportieren, damit die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte mittelfristig beseitigt werden.

- In der momentanen Krise der Weltwirtschaft tritt neben konjunkturellem Nachfragemangel (Keynesische Unterbeschäftigungsgleichgewichte bzw. nachfragebegrenzte Quasigleichgewichte in der Sprache der Neuen Keynesianischen Makroökonomik) langfristige Nachfrageschwäche in Form von Sättigungsgrenzen, die letztlich als Verwer-

tungskrise des Kapitals gedeutet werden müssen. Angesichts der zunehmend deutlicher und drohender werdenden ökologischen Grenzen verbietet sich die simple Staatsausgabenexpansion als Wachstumsstrategie. Neue Interventionsmuster müssen diesen Gegebenheiten Rechnung tragen und folgende Aspekte bzw. Kriterien berücksichtigen. Die staatliche Intervention muß eine differenzierte Steuerung des Wachstums (Ende des Technologie-Laissez-faire) umfassen, die nach demokratisch festgelegten Normen die ökologischen Grenzen berücksichtigt. Den partiellen Sättigungstendenzen ist durch öffentliche Ausgaben bzw. öffentliche Anreize für private Ausgaben in Richtung Umweltsanierung, umweltorientierte Produktionsverfahren und Produkte, Energiesparmaßnahmen und -technologien, Staatssanierung und -erneuerung, Ausbau sozialer Dienste entgegenzuwirken. Hinzutreten sollten sozialorientierte Umverteilungsstrategien, die die langfristigen Nachfrageerwartungen und damit auch die Gewinnerwartungen stärken. Danach wäre zu prüfen, inwieweit verbleibenden Beschäftigungsproblemen über eine Verteilung des Arbeitsvolumens gemäß der Präferenzen der Arbeitsanbieter begegnet werden kann.

- Was die Methoden und die Finanzierung der interventionistischen Strategie angeht, lassen sich folgende Kriterien bzw. Forderungen nennen. Es muß sich um eine langfristig angelegte expansive Strategie handeln. Nur so lassen sich günstige Absatz- und Renditebedingungen auf Dauer schaffen. Eine anfängliche Kreditfinanzierung muß bereits mittelfristig durch eine konsequent und überschaubar angelegte Steuerfinanzierung abgelöst werden.

- Gegen mögliche Stabilitätsprobleme (Inflationsakzeleration, Stagflation und letztlich Stabilisierungskrise) werden mindestens vier Sicherungen empfohlen: eine konsequente Wettbewerbspolitik zur Unterbindung monopolistischer und oligopolistischer Preissenkungspraktiken, eine einkommenspolitische Absicherung, die als ultima ratio bis zu Lohn- und Preisstops gehen könnte, vornehmlich aber einen verbindlichen Sozialkontrakt beinhalten sollte, eine mittelfristig potentialorientierte Geldpolitik, die mit Hilfe der Zinssteuerung wachstumskonform gehalten werden könnte, eine außenwirtschaftliche Absicherung, die im Idealfall durch eine international abgestimmte Wachstums- und Beschäftigungsstrategie gewährleistet wäre.

- Die Grenzen des Interventionismus beruhen nicht nur auf ökonomischen Problemen, sondern resultieren zum Teil aus politischen Gegebenheiten. Insbesondere ist die mangelnde Akzeptanz bzw. Durchsetzbarkeit zu nennen, die letztlich auf den Kontroversen der Interessengruppen bezüglich der Verteilung des Sozialprodukts beruhen. Eine interventionistische Vollbeschäftigungsstrategie vertritt eher die Interessen der Arbeitnehmer, während die marktradikalen Strategien (Monetarismus und Supply Side-Ökonomien) vornehmlich die Interessen des Kapitals und der überdurchschnittlich verdienenden Arbeitnehmer wahrnehmen. Extrempositionen wie „Laissez-faire“ oder „absolute Vollbeschäftigungsgarantie“ ist bekanntlich wenig Erfolg beschieden. Der jeweils anzustrebende interventionistische Kompro-

miß muß der sich wandelnden gesellschaftlichen Entwicklung angepaßt werden.

Wer die interventionistische Strategie von Keynes erhalten will, muß seine Konzeption bzw. Vision der historischen Entwicklung entsprechend verändern. Zudem sind, ebenfalls im Sinne von Keynes, sozialpsychologische und politische Aspekte zu integrieren.

● Abschließend ist kurz auf einen letzten Problemkreis einzugehen, der ein Ende des Staatsinterventionismus voraussagt, weil er dem gesellschaftlichen Trend des postmaterialistischen Individualismus entgegensteht. Für den Bereich Beschäftigungspolitik wird eine Neudefinition der Arbeit gefordert. Insbesondere wird eine Aufwertung unbezahlter Tätigkeit gefordert, die durch eine „soziale Grundsicherung“ abgesichert werden soll. Auch die Sozialpolitik ist danach zu individualisieren. Neben eine grundsätzliche staatliche Garantie und Kontrolle der sozialen Sicherung soll mehr Freiraum für die Selbstbestimmung der Betroffenen geschaffen werden, auch in Form von privaten Selbsthilfegruppen. Als Fernziel (Utopie) wird eine Marktwirtschaft angestrebt, in der das Prinzip der Gewinnmaximierung ergänzt wird durch die gesamtgesellschaftliche Verantwortung der Produzenten und Investoren.

Die Verbindungen zur marktradikalen Selbststeuerungshypothese sind unverkennbar. Es ist sicher unumgänglich, gesellschaftliche Tendenzen, Präferenzen und Verhaltensweisen bei der Ableitung einer wirtschaftspolitischen Konzeption zu berücksichtigen. Insofern ist eine Stärkung und Förderung des „autonomen Sektors“ angezeigt. In ihm werden Waren und Leistungen produziert, die nicht über den Markt angeboten werden. Beispiele sind: Non-profit-Organisationen, freiwillige Gruppenarbeit, Eigenarbeit im Haushaltsbereich, ehrenamtliche Tätigkeiten, Bürgerinitiativen usw.

Daneben verbleibt auf Dauer der Marktbereich, in dem das Prinzip Gewinnstreben nicht ersetzt werden kann und sollte. Hier muß der Staat bei Vorliegen von Marktunvollkommenheiten (z. B. Wettbewerbsbeschränkungen, konjunkturelle Instabilitäten, soziale Ungerechtigkeiten, externe Effekte insb. in Form von Umweltproblemen) intervenieren. Dieser Interventionismus als gesellschaftliche Korrektur des Marktmechanismus ist weder überflüssig, noch widerspricht er dem Prinzip Freiheit, es sei denn, man begreift Freiheit als elitäres Privileg. Marktwirtschaften ohne interventionistische Korrekturen sind sozial- und umweltunverträglich. Insofern ist kein Ende des Interventionismus angesagt. Angesichts der aktuellen Probleme Dauerarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung scheint eher das Gegenteil der Fall. Dabei sollte eine Reorganisation des Interventionismus folgende drei Bereiche der Wirtschaft unterscheiden:

- Der Marktsektor produziert materielle Güter und Leistungen mit Privatgutcharakter.
- Der Staatssektor „produziert“ den Basisbedarf an Sicherheit, Stabilität, Gerechtigkeit und gesellschaftliche Freiheit.
- Der autonome Sektor erbringt Leistungen im Bereich menschenna-

her Bedürfnisse und bietet Raum für Selbstbestimmung und Autonomie.

Die sicher ständig notwendige Reorganisation des Interventionismus darf nicht zu seiner Abschaffung führen, jedenfalls solange nicht, wie das Harmoniedogma des Neoliberalismus als nichtrealisierbare Vision bezeichnet werden muß. Als Voraussetzung für Freiheit sind Vollbeschäftigung und Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten nach wie vor unabdingbar.

Literatur

- Bartmann, H., John, K. D., 1986, Ökonomische Unsicherheit, individuelle Erwartungen und die Rolle des Staates bei Keynes und den Postkeynesianern, Vortrag anlässlich des Keynes-Kolloquiums 1986 in Aachen, erscheint demnächst
- Bartmann, H., 1988, Konjunkturelle und langfristige Nachfrageschwäche aus Keynes-scher Sicht, Vortragsmanuskript, erscheint in Kürze
- Eppler, E., 1975, Ende oder Wende, Stuttgart
- Frankfurter Institut für Wirtschaftspolitische Forschung (Hrsg.), 1983, Mehr Mut zum Markt, Bad Homburg
- Friedman, M., 1962, Capitalism and Freedom, Chicago
- Gilder, G., 1983, Reichtum und Armut, Berlin
- Keynes, J. M., 1921, The Economic Consequences of the Peace, Collected Writings of J. M. Keynes Vol. II, London/Basingstoke, 1971
- derselbe, 1925, Am I a Liberal, in: Collected Writings of J. M. Keynes Vol. IX, Essays in Persuasion, S. 295–306, London/Basingstoke, 1972
- derselbe, 1926, Liberalism and Labour, in: Collected Writings of J. M. Keynes Vol. IX, Essays in Persuasion, S. 307–311, London/Basingstoke, 1972
- derselbe, 1930, The Economic Possibilities of Our Grandchildren, in: Collected Writings of J. M. Keynes Vol. IX, Essays in Persuasion, S. 321–332, London/Basingstoke, 1972
- derselbe, 1930 a, Treatise on Money: The Pure Theory of Money, in: Collected Writings of J. M. Keynes Vol. V, London/Basingstoke, 1971
- derselbe, 1930 b, Treatise on Money: The Applied Theory of Money, in: Collected Writings of J. M. Keynes Vol. VI, London/Basingstoke, 1971
- derselbe, 1931, An Economic Analysis of the Slump, in: Collected Writings of J. M. Keynes Vol. XIII, The General Theory and After: Preparation, S. 343–367, London/Basingstoke, 1973
- derselbe, 1936, The General Theory of Unemployment, Interest and Money, in: Collected Writings of J. M. Keynes Vol. VII, London/Basingstoke, 1973
- derselbe, 1937, How to Avoid a Slump, in: Collected Writings of J. M. Keynes Vol. XXI, Activities 1931–1939, S. 384–396, London/Basingstoke, 1982
- Kristol, J., 1978, Two Cheers of Capitalism, New York
- Matzner, E., 1982, Der Wohlfahrtsstaat von morgen, Frankfurt/New York
- Minsky, H. P., 1975, J. M. Keynes, London
- Müller-Armack, A., 1976, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, 2. Aufl., Bern/Stuttgart
- Scharpf, F. W., 1987, Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt/New York
- Schmidt, N., 1987, Investorenverhalten und konjunkturelle Stabilität, St. Gallen
- Schumacher, E. F., 1977, Die Rückkehr zum menschlichen Maß: Small is Beautiful, Reinbek
- Strasser, J., Traube, K., 1981, Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus, Bonn
- Wanniski, J., 1978, The Way the World Works, New York
- Wegner, M., 1986, Das „britische“ Experiment nach sechs Jahren, in: IFO-Schnelldienst, 39. Jg., Heft 8, S. 3 ff.
- Zinn, K. G., 1983, Krisen und Perspektiven des Interventionismus, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Jg. 9, Heft 3, S. 325–340

Anmerkungen

- 1 „radikale Umkehr“ etwa im Sinne der Supply-Side-Economics in den USA (vgl. z. B. Gilder, G., 1983; Kristol, J., 1978; Wanniski, J., 1978) oder im Sinne der monetaristisch orientierten Angebotspolitik in Großbritannien seit 1979 (vgl. z. B. Wegner, M., 1986 und zum Monetarismus: Friedman, M., 1962) oder auch im Sinne des „Kronberger Kreises“ (Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung, 1983).
- 2 Ein Unternehmen ist keine Wohlfahrtsveranstaltung. Ein Unternehmen hat Gewinne zu machen und keine Arbeitsplätze.
- 3 Als beispielhafte Belege seien folgende Aussagen angeführt: „There is no reason to suppose, that there is an invisible hand an automatic control in the economic system which ensures of itself that the amount of active investment shall be continuously of the right proportion. Yet it is also very difficult to ensure it by our own design, by what is now called planning“ (Keynes, J. M., 1937, S. 386 f.). Und ähnlich heißt es: „I conceive therefore, that a comprehensive socialisation of investment will prove the only means of securing in approximation to full employment“; . . . (Keynes, J. M., 1936, S. 378).
- 4 Thus this remarkable system depended for its growth on a double bluff or deception. On the one hand the labouring classes accepted from ignorance or powerlessness, . . . , a situation in which they could call their own very little of the cake that they and nature and the capitalist were cooperating to produce (Keynes, J. M., 1921, S. 11 f.).
- 5 I seek only to point out that the principle of accumulation based on inequality was a vital part of the prewar order of society and of progress as we then understood it, and to emphasise that this principle depended on unstable psychological conditions, which may be impossible to recreate. It was not natural for a population, of whom so few enjoyed the comforts of life, to accumulate so hugely. The war has disclosed the possibility of consumption to all and the vanity to abstinence to many (Keynes, J. M., 1921, S. 13).
- 6 Keynes bezweifelt prinzipiell die These von der Unbegrenztheit der Bedürfnisse. So schreibt er: „Now it is true, that the needs of human beings may seem to be insatiable. But they fall into two classes – those needs which are absolute in the sense, that we feel them whatever the situation of our fellow human beings may be, and those which are relative in the sense that we feel them only if their satisfaction lifts us above, makes us feel superior to our fellow. Needs of the second class, those which satisfy the desire of superiority, may indeed be insatiable, for the higher the general level, the higher still are they. But this is not so true of the absolute needs – a point may soon be reached, much sooner perhaps, than we all of us are aware of, when these needs are satisfied in the sense, that we prefer to devote our further energies to non-economic purposes“ (Keynes, J. M., 1930, S. 326).
- 7 Eine Diskussion der Frage, ob und in welchem Ausmaß Bedürfnisse als sinnvoll oder vernünftig anzusehen sind, kann und soll an dieser Stelle nicht erfolgen.
- 8 Eine Auseinandersetzung mit diesem Problemkreis findet sich bei Schmidt, N., 1987, Investorenverhalten und konjunkturelle Stabilität, St. Gallen.
- 9 Die maßgebliche Bedeutung des Investorenverhaltens für die konjunkturelle Entwicklung kommt in einer Vielzahl von Textstellen zum Ausdruck. Repräsentativ seien folgende angeführt: „When there is an disequilibrium between savings and investment, this is much more often due to the fluctuations in the rate of investment than to the sudden changes in the rate of savings“ (Keynes, J. M., 1930a, S. 250 ff.). Oder: „Any fluctuations in investment not offset by a corresponding change in the propensity to consume will, of course, result in a fluctuation in employment“ (Keynes, J. M., 1936, S. 314).
- 10 „The most important confusion concerning the meaning and significance of the marginal efficiency of capital has ensued on the failure to see that it depends on the prospective yield of capital, and not merely on its current yield“ (Keynes, J. M., 1936, *The General Theory* . . . , a. a. O., S. 141).
- 11 „But I suggest that the essential character of the Trade Cycle and, especially, the regularity of time-sequence and of duration which justifies us calling it a cycle, is mainly due to the way in which the marginal efficiency of capital fluctuates. The Trade Cycle is best regarded, I think, as being occasioned by a cyclical change in the marginal

- efficiency of capital, though complicated and often aggravated by associated changes in the other significant short period variables of the system" (Keynes, J. M., 1936, S. 313). Oder: "But I suggest that a more typical, and often the predominant explanation of the crisis is, not primarily a rise in the rate of interest, but a sudden collapse in the marginal efficiency of capital" (Keynes, J. M., 1936, S. 315).
- 12 Vgl. zu dieser Problematik: Bartmann, H., John, K. D., 1986
 - 13 "There is an apparent inconsistency between Keynes' belief that it is necessary to socialize investment to achieve full employment and the view that the market does an acceptable job of allocating resources so that the private ownership and control can be retained" (Minsky, H. P., 1975, S. 157).
 - 14 "The political problem of mankind is to combine three things: economic efficiency, social justice and individual liberty" (Keynes, J. M., 1926, S. 311).
 - 15 "To put the point concretely, I see no reason to suppose that the existing system seriously misemploys the factors of production which are in use. There are, of course, errors in foresight; but these would not be avoided by centralising decisions" (Keynes, J. M., 1936, S. 379).
 - 16 "The outstanding faults of the economic society in which we live are its failure to provide for full employment and its arbitrary and inequitable distribution of wealth and incomes" (Keynes, J. M., 1936, S. 370).
 - 17 "These, I urge, are the methods which will best serve to protect us from the excess of the boom and, at the same time, put us in good trim to ward off the cumulative dangers of the slump when the reactions comes, as come it surely will. But we also need more positive measures to maintain a decent level of continuous prosperity" (Keynes, J. M., 1937, S. 391).
 - 18 "Thus our main preoccupation should be concerned not so much with avoiding the perils of a somewhat hypothetical boom as with advance precautions against that sagging away of activity which, if it is allowed to cumulate after the usual fashion, will once again develop into a slump" (Keynes, J. M., 1937, S. 392).
 - 19 "Moreover, it will be much easier to check a recession if we intervene at its earliest stages. For, if it is allowed to develop, cumulate forces of decline will be set in motion which it may prove almost impossible to check until they have run their course. If we are to be successful we must intervene with moderate measures of expansion before the decline has become visible to the general public" (Keynes, J. M., 1937, S. 392 f.).
 - 20 "So long as surplus resources were widely diffused between industries and localities it was no great matter at what point in the economic structure the impulse of an increased demand was applied . . . It follows that the later stages of recovery required a different technique . . . We are in more need today of a rightly distributed demand than a greater aggregate demand" (Keynes, J. M., 1937, S. 385).
 - 21 "So far I have stressed the importance of investment. But the maintenance of prosperity and of a stable economic life only depends on increased investment if we take as unalterable the existing distribution of purchasing power and the willingness of those who enjoy purchasing power to use it for consumption. The wealthier we get and the smaller, therefore, the profit to be gained from adding to our capital goods, the more it is incumbent on us to see that those who would benefit from increasing their consumption – which is, after all, the sole ultimate object of economic effort – have the power and the opportunity to do so. Up to a point individual saving can allow an advantageous way of postponing consumption. But beyond that point it is for the community as a whole both an absurdity and a disaster. The natural evolution should be towards a decent level of consumption for everyone; and, when that is high enough, towards the occupation of our energies in the non-economic interests of our lives. Thus we need to be slowly reconstructing our social system with these ends in view. This is a large matter, not to be embarked upon here. But in particular and in detail, the relief of taxation, when the time comes for that, will do most for the general welfare if it is so directed as to increase the purchasing power of those who have most need to consume more" (Keynes, J. M., 1937, S. 393 f.).
 - 22 Die folgenden Ausführungen sind mehr grundsätzlicher Natur. Bezüglich der Diskussion dieser Thesen unter Berücksichtigung der aktuellen wirtschaftlichen Situation wird verwiesen auf Bartmann, H., 1988.
 - 23 Diese Normen werden im Rahmen der parlamentarischen Demokratie festgelegt und können sich ändern wie die Präferenzen der Individuen.